Deutscher Bundestag
7. Wahlperiode

Drucksache 7/5557

01. 07. 76

Entschließungsantrag

der Fraktionen der SPD, FDP

zur Beratung der Großen Anfrage der Fraktion der CDU/CSU betr. Auswirkungen der Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen auf die politischen und wirtschaftlichen Interessen der Bundesrepublik Deutschland
– Drucksachen 7/5120, 7/5455 –

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag betrachtet es als unerläßlich, daß der Seeverkehr, mit dessen Hilfe der Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland zu 85 v. H. abgewickelt wird, auch in der neuen seerechtlichen Ordnung frei von Hemmnissen und Schikanen abläuft. In diesem Zusammenhang gibt er der Erwartung Ausdruck, daß doppelte Standards für Schiffsbauart, Ausrüstung und Bemannung vermieden werden. Dies sollte durch Zugrundelegung international allgemein anerkannter Standards der zwischenstaatlichen Beratenden Seeschiffahrts-Organisation (IMCO) geschehen. Küstenstaatliche Eingriffe sollen nicht über international vereinbarte Normen marinen Umweltschutzes hinausgehen.

   Vorsorge müßte in der Seerechtskonvention dafür getroffen werden, daß die deutsche Versorgungsschiffahrt in den künftigen Wirtschaftszonen anderer Staaten nicht behindert wird.

2. Hinsichtlich der Benutzung derjenigen internationalen Wasserstraßen, die durch Ausdehnung der Küstenmeer-Breite auf 12 Seemeilen künftig in das Küstenmeer von Anrainer-Staaten fallen werden, muß das Recht der freien Durchfahrt und des freien Überflugs gesichert bleiben. Im Küstenmeer muß das Recht der unschädlichen Durchfahrt beibehalten werden. Alle Befugnisse der Küstenstaaten sind genau zu spezifizieren, um Generalklauseln zu vermeiden. Damit soll nicht nur unseren Verkehrs- und Handels-, sondern auch unseren Sicherheitsinteressen Rechnung getragen werden.

3. In der Seerechtskonvention wird der Zugang zu den Rohstoffen der Tiefsee nicht einer internationalen Meeresboden-Behörde vorbehalten bleiben. Staaten und Unternehmen müssen die Möglichkeit eines rechtlich geordneten, nicht diskriminierenden Zugangs erhalten.

Druck: Thenée Druck KG, 53 Bonn, Tel.: (02221) 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn-Bad Godesberg 1, Postfach 821, Goethestr. 56, Tel. (02221) 36 35 51

4. Hinsichtlich der Fischerei wird der Erwartung Ausdruck gegeben, daß traditionelle Fischereirechte, soweit diese künftig in Wirtschaftszonen von Drittländern (insbesondere im Nordatlantik) fallen, erhalten bleiben oder durch den Abschluß von zweiseitigen Abkommen gesichert werden.

   Besondere Bedeutung mißt der Deutsche Bundestag dem gemeinsamen Fischerei-Regime in der künftigen Wirtschaftszone der EG zu. Bei den Verhandlungen über die Anpassung der gemeinsamen Fischereipolitik innerhalb der EG kommt der Wahrung des gleichen und freien Zugangs hohe Bedeutung zu.

5. Der Deutsche Bundestag hält es wesentlich, daß die berechtigten Interessen von Binnen- und geographisch benachteiligten Staaten an der Mitnutzung der biologischen Ressourcen in einer neuen Seerechtskonvention Berücksichtigung finden. Er unterstützt die Bundesregierung bei ihren Bemühen, die Nutzungsrechte so zu regeln, daß eine angemessene Beteiligung der Entwicklungsländer an den Ressourcen des Meeres sichergestellt wird.

6. Für die wissenschaftliche Meeresforschung muß das Prinzip der Freiheit der Grundlagenforschung nicht nur seewärts der 200-sm-Linie, sondern auch in den künftigen Wirtschaftszonen gelten.

Der Deutsche Bundestag dankt der Bundesregierung und ihrer Delegation für ihre Verhandlungsführung auf der Konferenz und gibt der Erwartung Ausdruck, daß die 3. VN-Seerechtskonferenz zu einem für alle Beteiligten annehmbaren Ergebnis führt. Er fordert die Bundesregierung auf, sich in diesen Verhandlungen weiterhin von den vorstehenden Zielen und Grundsätzen leiten zu lassen.

Bonn, den 1. Juli 1976

Wehner und Fraktion

Mischnick und Fraktion